

Zeitschrift:	Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	11 (1931-1932)
Heft:	2
Artikel:	Konzentration in der Uhrenindustrie : einige vorläufige Bemerkungen zur Gründung der Superholding
Autor:	Müller, Guido
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-331058

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufgabe richtig zu erfüllen vermöge. Berechtigt ist auch die Klage, daß der Seminarist wenig Unterrichtspraxis habe; daß die Zeit zu kurz sei, um ihn in die Methodik und in die Didaktik der verschiedenen Unterrichtsfächer einzuführen, und ihm ausreichend Gelegenheit zur Anwendung des Gelernten zu geben. Zur praktischen Berufsbildung des Lehrers gehört heutzutage auch die Ausbildung in der Handarbeit, die als Bildungs- und Erziehungsmittel immer mehr an Bedeutung gewinnt, und als Prinzip die Zukunftsschule beherrschen soll.»

Es sind keine fortschrittlichen Kräfte, welche diese neue, in bescheidenen Grenzen gehaltene Vorlage des Regierungsrates bekämpfen, um so mehr ist es Aufgabe der Arbeiterschaft, dem Gesetze für die neue Lehrerbildung zum Durchbruch zu verhelfen.

Konzentration in der Uhrenindustrie.

Einige vorläufige Bemerkungen zur Gründung der Superholding.

Von Dr. Guido Müller, Biel.

Die mit etwelcher Spannung erwartete Gründung der *Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie AG.* ist erfolgt. Damit ist der namentlich auch von sozialistischer Seite geforderte Zusammenschluß in der Uhrenindustrie endlich verwirklicht. Nicht sowohl, weil die zunächst Beteiligten, die Fabrikanten, sich zu besserer Einsicht bekehrt hätten, sondern der Not, das heißt dem nachhaltigen Drucke der gläuberischen Banken, gehorchnend. Man weiß, daß einzelne Firmen sich bis zum letzten Augenblick gegen jegliche Bindung sträubten und vor allem ein Mitspracherecht des Bundes bekämpften. Das als Superholding ins Leben gerufene Gebilde ist jedoch nur mit starker finanzieller Unterstützung des Bundes lebens- und aktionsfähig. Diese Hilfe, so folgerten unsere Manchesterleute, wird die Eidgenossenschaft nicht ganz bedingungslos gewähren wollen. Es brauchte darum beruhigender Zusicherungen, um die jeder Einmischung des Staates widerstrebenden Fabrikanten für den Zusammenschluß zu gewinnen.

Zwei Hauptübel nagen an den Wurzeln der schweizerischen Uhrenindustrie und drohen sie vollends zugrunde zu richten. Da ist einmal die *Lieferung von Rohwerken und der sonstigen Uhrenbestandteile ins Ausland*, wo sie alsdann durch billige Arbeitskräfte zu fertigen Uhren zusammengesetzt werden*). Diese Arbeit entgeht der Schweiz und führt allmählich zur Abwanderung der Uhrmacherei nach den so bedienten Ländern. Das andere Uebel besteht in der *schranken- und rücksichtslosen ge-*

*) Auf diese Weise sollen heute in Pforzheim allein täglich 4000 «Schweizeruhren» hergestellt werden.

genseitigen Preisunterbietung, die rasch der Lohndrückerei ruft und schließlich auch den Unternehmergegewinn in Mitleidenschaft zieht. Diese beiden Grundübel auszurotten, ist Aufgabe der neuen Holding.

Die Schweizerische Uhrenindustrie AG. ist eine Dachgesellschaft, die sich schützend über alle Zweige der Uhrmacherei erhebt, sie zusammenfaßt und ihre bisher oft genug auseinanderstrebenden, wo nicht gegeneinander gerichteten Kräfte einfängt und vereint auf das gleiche Ziel hinlenkt, sie der Erhaltung und Entfaltung dieser großen und wichtigen Landesindustrie dienstbar macht.

Das bedingt eine strenge Ueberwachung des Geschäftsgebarens, der Fabrikations- und Vertriebstätigkeit sämtlicher Unternehmungen. Das Recht (und die Macht) dazu muß sich die Kontrollgesellschaft erkaufen. Die nötigen Mittel liefert zunächst ein Aktienkapital von 10 Millionen Franken, das zur Hälfte von beteiligten Banken, zur Hälfte von den Uhrenfirmen aufgebracht wird. Davon sind 20 Prozent, also 2 Millionen Franken, einbezahlt und sofort greifbar. Der Bund — hier zeigt sich die Gründung von einer besonderen Seite — soll der Gesellschaft mit 10 bis 13 Millionen Franken unter die Arme greifen, und zwar sind 5 bis 8 Millionen Franken à fonds perdu, 5 Millionen als zinsloses Darlehen gedacht. Man beachte, daß der Bund bei diesem Plan wohl als großzügiger Geldgeber, nicht aber als Aktionär auftritt. Endlich machen sich die Banken anheischig, weitere 10 Millionen Franken als Betriebsvorschuß zu gewähren, so daß die Gesellschaft über 25 Millionen Franken flüssige Gelder verfügen wird. Damit glaubt unsere Holding, die eigentlichen strategischen Punkte der schweizerischen Uhrenindustrie besetzen und von da aus diese selbst so ziemlich beherrschen zu können.

Die erste und dringendste Maßnahme ist, die Herstellung der Uhrenrohwerke zu überwachen (zu kontrollieren lautet der Fachausdruck) und der ungemessenen Belieferung des Auslandes ein Ende zu setzen. Zu diesem Zwecke wird die Holdinggesellschaft die Mehrheit der Aktien der Ebauches AG. erwerben und überdies die Rohwerkfabriken aufkaufen, die außerhalb des Ebauches-Trustes stehen und sich der neuen Organisation nicht anschließen wollen. Denn nur, wenn es keine Außenseiter mehr gibt, kann die Ausfuhr der Rohwerke wirksam beschränkt und die Uhrmacherei der Schweiz erhalten werden. Mit dieser einen Maßnahme ist aber nicht jede Gefahr gebannt. Es können neue Außenseiter, neue Rohwerkfabriken auftauchen. Nun braucht es zur fertigen Uhr neben dem Rohwerk noch weitere Bestandteile, wie die Spiralfeder, die Unruhe (balancier) und anderes. Die Herstellung und der Verkauf dieser Bestandteile wird in Zukunft von der Holding ebenfalls kontrolliert werden. Ein Außenseiter wird deshalb keine Rohwerke ins Ausland liefern können, weil dieses mit dem nackten Rohwerk nichts anfangen, er jedoch die dazugehörenden sonstigen Bestandteile nicht liefern kann.

Wenn sich aber ein Außenseiter auf die Herstellung dieser Uhrenbestandteile wirft, was dann? Das ist deswegen nicht zu fürchten, weil ein derartiger Versuch wahrscheinlich schon an dem erforderlichen außerordentlichen hohen Kapitalaufwand scheitern würde. Der wilden Konkurrenz und Preisunterbietung sodann wird man durch *Lieferungs- und Preisvereinbarungen zwischen den Verbänden der verschiedenen Fabrikationsgruppen* zu begegnen wissen. Der Dachgesellschaft sind Mittel in die Hand gegeben, um die Befolgung der getroffenen Abmachungen zu überwachen und nötigenfalls gegen Freibeuter zu erzwingen. — Das ist, aus der verschwommenen Sprache des Statuts ins Anschaulich-Gegenständliche übertragen, Zweck und Aufgabe der Schweizerischen Uhrenindustrie AG. In der Natur der Sache liegt es, daß die Aufgabe nur gelöst werden kann mittels finanzieller Beteiligung an bestehenden und neuen Unternehmungen der Uhrenindustrie und verwandter Betriebe. Die Bundesgelder sind zur Hauptsache dafür bestimmt.

Der *Form* nach ist mit der Uhren-Holdinggesellschaft ein Werkzeug geschaffen worden, das geeignet erscheint, die schweizerische Uhrenindustrie aus der Dauerkrise hinaus der Gesundung entgegenzuführen — sofern das auf dem Boden der Privatwirtschaft überhaupt möglich ist. Dem aufmerksamen Beobachter ist nicht entgangen, daß die Absatzschwierigkeiten und der Preiserfall, worunter die Uhrenindustrie nicht erst heute, sondern seit Jahren leidet, aus der Weltwirtschaftsnot allein nicht zu erklären sind. Ungeregelte Produktion, gewissenlose Preisunterbietung und leichtsinnige Kreditierung haben das Ihre beigebracht, diesen Zweig unserer Volkswirtschaft dem Siechtum zu überantworten. Ein klassisches Beispiel, wo und wie planlose Produktion, ein ungezügelter, durch keine Rücksichten auf das Ganze gehemmter Konkurrenzkampf endet. Ob es der Dachgesellschaft gelingen wird, innerhalb der allgemeinen Wirtschaftswirrnis ein Stück Planwirtschaft aufzurichten, den erbitterten Kampf aller gegen alle durch eine friedliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu überwinden, wird die Zukunft lehren. Nicht der Buchstabe des Gesellschaftsstatuts wird es schaffen, sondern allein der Geist, in dem die mit der Leitung der Gesellschaft betrauten Männer an ihre schwere Aufgabe herantreten und sie zu meistern suchen.

Zwei Bedenken drängen sich uns von Anfang an auf. Zuerst die Art der finanziellen Beteiligung des Bundes. Der Bund wird eingeladen, und er wird ohne Zweifel der Einladung folgen, das Sanierungswerk mit 10 bis 13 Millionen Franken zu unterstützen. Jedoch nicht so, daß er *einen Teil des Gesellschaftskapitals übernimmt und dafür in einen entsprechenden Aktienbesitz tritt*. Das wünscht man nicht, sondern zieht vor, sich die *Bundesmillionen als zinsloses Darlehen und à fonds perdu* geben zu lassen. Das ist billiger und bequemer, man bleibt als Aktionär unter sich. Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß die öffentlichen Gelder

recht und willkommen sind zur Unterstützung der zusammenbrechenden Privatwirtschaft; daß der Staat helfen soll, die von den kapitalistischen Unternehmungen verbrochenen Sünden auf Kosten der Gesamtheit gutzumachen, im übrigen aber sich jeder Einmischung in die Geschäfte enthalten und den Dingen nach wie vor den Lauf lassen soll. Wenn dagegen eingewendet wird, daß der Bund ebenfalls seine Vertreter in den Verwaltungsrat der Holding entsende, so hat das gar nichts zu besagen. In diesem Verwaltungsrat, wo 25 Vertreter der Banken und der Industrie sitzen, sind 3 Bundesvertreter (so viele dürfen es nämlich sein!) machtlos.

Damit sind wir auf das andere Bedenken, die *einseitige Zusammensetzung des Verwaltungsrates*, zu sprechen gekommen. 12 Vertreter der Banken, 12 Vertreter der Uhrenfirmen*), und als Präsident ebenfalls ein großer Finanz- und Industriekapitän — wo bleibt da die Wahrung des «öffentlichen Interesses», das hier sicher in erheblichem Maße vorhanden ist? Sollten die Landesgegenden, die Gemeinden, die mit der Uhrmacherei auf Gedeih und Verderb verbunden sind, die in Notzeiten, wie wir sie jetzt durchmachen, Millionen für die Arbeitslosenfürsorge auswerfen müssen, nicht auch zum Worte kommen? Sollen die 50,000 Uhrenarbeiter völlig abseits stehen bleiben, zur neuen Ordnung, die unter Umständen tief in ihre Arbeitsverhältnisse eingreift, nicht auch angehört werden? Oder ist es denkbar und anzunehmen, daß die einzigen Vertreter des Bundesrates in allem Bescheid wissen, zum Rechten sehen und dafür sorgen werden, daß die mächtige Superholdinggesellschaft nicht einseitig nach den engen Interessen der Fabrikanten und Banken geleitet und verwaltet, sondern auch den Bedürfnissen der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit gerecht wird?

So viele Fragen, so viele Zweifel. Solange diese Fragen nicht beantwortet, diese Zweifel nicht zerstreut sind, so lange stehen wir dem neuen Wirtschaftsgebilde mit Mißtrauen gegenüber und müssen zu der geplanten Bundeshilfe alle Vorbehalte machen.

Anmerkung der Redaktion: Der vorstehende Aufsatz des Genossen Dr. Guido Müller ist durch die Verhandlungen des Nationalrates zum Teil überholt worden. Der Verfasser stellt uns für die nächste Nummer der «Roten Revue» einen zweiten Artikel mit Kritik und Würdigung der Beschlüsse in Aussicht.

Die Postsparkasse.

Von Adolf Jucker.

In der Resolution zu den Nationalratswahlen fordert die Sozialdemokratische Partei die Errichtung von staatlichen Postsparkassen zur Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses des Staates

*) Es fällt auf, daß der Platz Biel leer ausgegangen ist.